

## Für Menschen und Schöpfung Partei ergreifen

### **Kreiskomitee der Katholiken weist Vorwürfe aus der Politik zurück**

**Kreisdekanat Coesfeld** (pbm). In den vergangenen Wochen haben Politiker verschiedener Parteien den Kirchen und ihren Vertretern den Vorwurf gemacht, sich zu sehr und in nicht zulässiger Weise in die Politik eingemischt zu haben. Der Vorstand des Kreiskomitees der Katholiken und des Kreisdekanates Coesfeld weist diese Vorwürfe entschieden zurück. Gerhard Schmitz, Vorsitzender des Kreiskomitees, betont: „Es gehört zum Grundauftrag der Kirche und der Christen, für die Menschen, die am Rand der Gesellschaft leben, die sich durch ökonomische, individuelle und strukturelle Gegebenheiten in ihrer Würde eingeschränkt erleben, Partei zu ergreifen. Es gehört zu unserem im Evangelium begründeten Auftrag, ein verantwortbares Leben in und mit der Schöpfung und all ihren Elementen anzumehmen. Darin orientieren wir uns nicht an einer bestimmten politischen Partei, aber wir nehmen für uns in Anspruch, in der Gesellschaft Positionen zu vertreten und anzumehmen, die sich aus dem Evangelium und aus der jüdisch-christlichen Tradition ableiten lassen.“

Viele Tausend katholische Christen sind im Kreisdekanat Coesfeld Mitglied in Vereinen und Verbänden. Sie engagieren sich beispielsweise sozialpolitisch in Kolping, KAB und im Landvolk. Die katholische Frauengemeinschaft (kfd) setzt sich seit Jahrzehnten für die Rechte der Frauen in Deutschland und international ein. In den vielfältigen Tätigkeitsbereichen der Caritas schließlich arbeiten Frauen und Männer aktiv an der Verbesserung der Lebensverhältnisse aller Menschen – unabhängig von Religion, Konfession und geschlechtlicher Orientierung. Diese Beispiele ließen sich noch weiter fortsetzen. In ihnen wird aber schon deutlich, wie weit kirchliches Leben in die gesellschaftlichen Verhältnisse hineinwirkt.

„Wir werden auch in Zukunft unseren Auftrag, für die Menschen und die Schöpfung Partei zu ergreifen, wahrnehmen“, betont Schmitz. „Ob und in welcher politischen Partei sich dafür Verbündete sehen, entzieht sich unserer Verantwortung.“